

**No. 38552**

---

**Federal Republic of Germany  
and  
Switzerland**

**Agreement between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation  
concerning German assets in Switzerland. Bonn, 26 August 1952**

**Entry into force:** *19 March 1953 by the exchange of instruments of ratification, in  
accordance with article 24*

**Authentic text:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 18 July 2002*

---

**République fédérale d'Allemagne  
et  
Suisse**

**Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la Confédération suisse relatif  
aux avoirs allemands en Suisse. Bonn, 26 août 1952**

**Eutrée en vigueur :** *19 mars 1953 par échange des instruments de ratification,  
conformément à l'article 24*

**Texte authentique :** *allemand*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 18 juillet 2002*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

## A b k o m m e n

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz

Die Bundesrepublik Deutschland und die  
Schweizerische Eidgenossenschaft  
mit Rücksicht darauf,

daß die Regierung der Bundesrepublik  
Deutschland dem Schweizerischen Bundesrat  
zwei Wochen nach Notifikation des Inkraft-  
tretens des zwischen der Schweiz und Frank-  
reich, dem Vereinigten Königreich und den  
Vereinigten Staaten gemäß folgendem Absatz  
zu schließenden Abkommens einen Betrag von  
121.500.000 Schweizer Franken zur Verfü-  
gung stellen wird,

daß ferner der Schweizerische Bundesrat mit  
den Regierungen der Französischen Republik,  
des Vereinigten Königreichs von Großbritan-  
nien und Nordirland und der Vereinigten  
Staaten von Amerika ein Abkommen über die  
deutschen Vermögenswerte in der Schweiz,  
welche unter das Abkommen von Washington  
vom 25. Mai 1946 fallen, trifft,

sind übereingekommen, das folgende Ab-  
kommen zu schließen.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevoll-  
mächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik  
Deutschland:

Herrn Bernhard Wolff,  
Ministerialdirektor im Bundesministerium  
der Finanzen,

Der Schweizerische Bundesrat:

Herrn Minister Dr. Walter Stucki,  
Delegierter des Bundesrates für Spezial-  
missionen.

Die Bevollmächtigten haben, nachdem sie  
sich ihre Vollmachten mitgeteilt und diese als  
richtig befunden haben, folgendes vereinbart:

### TEIL I

Ablösung der Ansprüche Frankreichs, des  
Vereinigten Königreichs und der Vereinigten  
Staaten

#### Artikel 1

Der Schweizerische Bundesrat wird den  
ihm von der Regierung der Bundesrepublik

Deutschland zu bezahlenden Betrag in Höhe von 121.500.000 Schweizer Franken (Ablösungsbetrag), von dem ein von der Schweiz für die Internationale Flüchtlingsorganisation geleisteter Vorschuß in Höhe von 20.000.000 Schweizer Franken abzuziehen ist, unverzüglich auf ein Konto überweisen, das die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika bezeichnen werden.

## TEIL II

### Aufbringung des Ablösungsbetrages

#### Artikel 2

Zum Zwecke der Aufbringung des Ablösungsbetrages wird zugunsten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf den Namen der Bank deutscher Länder ein Konto bei der Schweizerischen Nationalbank eröffnet (Ablösungskonto), das wie folgt gespeist wird:

- a) aus den Beiträgen der deutschen Eigentümer (Deutsche in Deutschland) von Vermögen in der Schweiz;
- b) aus dem Verwertungserlös von Vermögen deutscher Eigentümer, die den in Artikel 3 bestimmten Beitrag nicht leisten;
- c) aus dem Verwertungserlös von Vermögen deutscher Eigentümer, die die Voraussetzungen von Artikel 5 erfüllen, jedoch die Entsperrung innerhalb von zwei Monaten nach der gemäß Artikel 7 Ziffer 2 erfolgten Bekanntmachung der Aufforderung nicht beantragen werden.

## TEIL III

### Verzichtleistung

#### Artikel 3

Eigentümer, bei denen das gesamte Vermögen in der Schweiz den Betrag von 10.000 Schweizer Franken übersteigt, verzichten auf

denjenigen Teil des Wertes ihres Vermögens, welcher dem in Artikel 4 bestimmten Prozentsatz entspricht, und leisten in dieser Höhe eine Zahlung in Schweizer Franken auf das Ablösungskonto.

#### Artikel 4

(1) Der Beitrag, den ein Eigentümer zu leisten hat, um den übrigen Teil seines Vermögens in der Schweiz zu erhalten, beläuft sich

1. bei Vermögen im Gesamtwert zwischen 10.000 und 15.000 Schweizer Franken: auf den 10.000 Schweizer Franken übersteigenden Betrag;
2. bei Vermögen im Gesamtwert von mehr als 15.000 Schweizer Franken: auf 33 <sup>1</sup>/<sub>3</sub> % des Gesamtwertes;
3. bei Vermögen, die auf Grund der von der Schweiz mit dritten Staaten geschlossenen Abkommen über Sequesterkonflikte der Schweiz überlassen worden sind: auf 50 % des Gesamtwertes.

(2) Die Bewertung des Vermögens erfolgt durch die Schweizerische Verrechnungsstelle, wobei etwaige Freigaben, welche diese während der Sperrezeit zur persönlichen Verwendung der Berechtigten gewährt hat, zur Anrechnung gelangen.

#### Artikel 5

(1) Auf die Erhebung eines Beitrages im Sinne der Artikel 3 und 4 wird auf Antrag des Eigentümers verzichtet bei

1. Vermögen bis zu einem Gesamtwert von 10.000 Schweizer Franken, wobei etwaige Freigaben, welche die Schweizerische Verrechnungsstelle während der Sperrezeit zur persönlichen Verwendung der Berechtigten gewährt hat, zur Anrechnung gelangen;
2. Vermögen folgender Gruppen von Eigentümern ohne Rücksicht auf den Gesamtwert des von dem einzelnen Eigentümer gehaltenen Vermögens:
  - a) Frauen, die mit Deutschen verheiratet sind oder waren und durch die Ehe deutsche Staatsangehörige geworden sind, jedoch im Zeitpunkt der Eheschließung die Schweizer Staatsbürgerschaft besaßen;
  - b) Personen, die am 16. Februar 1945 neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch diejenige eines anderen Staates be-

- saßen, sofern der zweite Heimatstaat ein entsprechendes Begehren unterstützt;
- c) Personen, die ihr Leben oder in beträchtlichem Maße ihre Freiheit oder ihre vollen deutschen Staatsbürgerrechte auf Grund eines Gesetzes, eines Erlasses, einer Verordnung oder Maßnahme der deutschen nationalsozialistischen Regierung aus rassistischen, politischen oder religiösen Gründen verloren haben. Diese Gruppe umfaßt auch Personen, die von deutschen Behörden oder auf deren Veranlassung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen außerhalb Deutschlands verhaftet, nach Deutschland verbracht oder dort in Gewahrsam gehalten worden sind;
  - d) Personen, die durch Vorlegung einer in Deutschland erlassenen rechtskräftigen Gerichtsentscheidung mit Bestätigungsvermerk oder eines vor einem Gericht in Deutschland abgeschlossenen Vergleichs mit Bestätigungsvermerk nachweisen können, daß ihnen der Vermögenswert in der Schweiz auf Grund der in Deutschland geltenden Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsgesetzgebung zurückerstattet worden ist;
  - c) juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts, Handelsgesellschaften und Personengemeinschaften, die ihren Sitz oder den Ort ihrer geschäftlichen Tätigkeit oder Leitung in Deutschland haben und an denen am 16. Februar 1945 Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit mit mehr als 50 % direkt oder indirekt beteiligt waren. Betrug die direkte oder indirekte Beteiligung mehr als 25 %, überstieg sie aber nicht 50 %, so werden geeignete Maßnahmen getroffen, um die Interessen der nichtdeutschen Beteiligten angemessen zu wahren.
- (2) Bei Familienstiftungen, an denen nichtdeutsche Begünstigte beteiligt sind, werden die notwendigen Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen getroffen.

#### Artikel 6

Von Inhabern deutscher gewerblicher Schutzrechte (Patente, Gebrauchsmuster, Muster und Modelle, Fabrik- oder Handelsmarken) und Schutzrechtsanmeldungen sowie deutscher Urheberrechte wird weder ein Bei-

trag im Sinne von Artikel 3 und 4 noch die in Artikel 7 Ziffer 4 vorgesehene Verwaltungsgebühr von 2 % gefordert, sofern es sich nicht um Rechte handelt, welche Bestandteil eines deutschen Unternehmens in der Schweiz sind, das als deutsches Vermögen unter Artikel 3 dieses Abkommens fällt oder von einem solchen benutzt werden.

#### A r t i k e l 7

Zur Durchführung dieses Verfahrens wird die Schweizerische Verrechnungsstelle folgende Maßnahmen ergreifen:

1. Festsetzung des in Artikel 4 bestimmten Beitrages, den ein Eigentümer zu leisten hat, um den übrigen Teil seines Vermögens in der Schweiz zu erhalten;
2. Aufforderung in geeigneter Weise an alle Eigentümer von Vermögenswerten in der Schweiz, selbst oder durch Beauftragte binnen einer Frist von zwei Monaten nach Bekanntmachung der Aufforderung gegebenenfalls einen Freistellungsantrag gemäß Artikel 5 einzureichen oder die schriftliche Erklärung abzugeben, daß sie zugunsten der Bundesrepublik Deutschland den in Artikel 4 bestimmten Beitrag leisten, wogegen der übrige Teil ihres Vermögens in der Schweiz von der Sperre befreit werden wird;
3. Genehmigungen von solchen Verfügungen des Eigentümers über sein Vermögen in der Schweiz, die zur Aufbringung des Beitrages erforderlich sind;
4. Erhebung einer Verwaltungsgebühr von 2 % auf die freizugebenden Werte.

#### T E I L I V

##### Umwandlung und Transferierung der deutschen Vermögen

#### A r t i k e l 8

(1) Die Schweizerische Verrechnungsstelle wird die deutschen Vermögen in der Schweiz, für die innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntmachung der in Artikel 7 Ziffer 2 genannten Aufforderung keine Erklärung über die Leistung eines Beitrages abgegeben oder kein Freigabeantrag gestellt wurde, zum günstigsten Preis in Barguthaben umwandeln, soweit die Vermögen nicht bereits in dieser Form bestehen, und dafür Sorge tragen, daß diese Guthaben unter Berechnung einer Ver-

waltungsgebühr von 2 % der überwiesenen Beträge auf das Ablösungskonto übertragen werden.

(2) Die Schweizerische Verrechnungsstelle wird von den nach Absatz 1 getroffenen Maßnahmen dem deutschen Bundesministerium der Finanzen unter Mitteilung der nötigen Personalangaben Kenntnis geben.

#### Artikel 9

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hält zur Verfügung der Eigentümer, deren Vermögen gemäß Artikel 8 umgewandelt werden, den vollen Gegenwert in Deutscher Mark, der sich aus dem offiziellen Umrechnungskurs des Schweizer Frankens ergibt.

#### Artikel 10

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird für sich und für ihre Staatsangehörigen gegen die von der Schweiz auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 16. Februar 1945 mit seinen Abänderungen und Ergänzungen oder auf Grund des vorliegenden Abkommens vorgenommenen oder vorzunehmenden Umwandlungen von deutschen Werten in der Schweiz keine Einwendungen irgendwelcher Art erheben. Die Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Wenn sich nachträglich ergibt, daß für die gemäß Artikel 8 umgewandelten Vermögen die Voraussetzungen für eine Umwandlung nach diesem Abkommen nicht vorgelegen haben, so wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die schweizerischen Schuldner oder Vermögensverwalter schadlos halten und den entsprechenden Betrag in Schweizer Franken zurückerstatten.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland verzichtet für sich und ihre Staatsangehörigen auf alle Ansprüche gegen die Schweizerische Regierung und schweizerische natürliche oder juristische Personen hinsichtlich Vermögenswerten, die sich in einem dritten Land befinden und von diesem der Schweiz nicht freigegeben worden sind.

### TEIL V

#### Verfahrensbestimmungen

#### Artikel 11

Die Schweizerische Verrechnungsstelle übt mit Bezug auf die deutschen Vermögenswerte in

der Schweiz die ihr auf Grund schweizerischer Rechtsvorschriften bisher erteilten Befugnisse auch weiterhin bis zur endgültigen Freigabe der einzelnen Vermögenswerte aus.

#### Artikel 12

Die für die Durchführung dieses Abkommens nötigen Maßnahmen werden schweizerischerseits von der Schweizerischen Verrechnungsstelle getroffen; der Schweizerische Bundesrat erläßt die dazu erforderlichen Vorschriften.

#### Artikel 13

Die Schweizerische Verrechnungsstelle wird von der Sperre befreit:

1. Die in Artikel 5 genannten Vermögenswerte, sobald ein Antrag des Eigentümers innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntmachung der in Artikel 7 Ziffer 2 genannten Aufforderung gestellt worden ist;
2. die in Artikel 3 genannten Vermögenswerte, sobald der in Artikel 4 bestimmte Beitrag gezahlt worden ist;
3. die in Artikel 6 genannten Rechte mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens.

#### Artikel 14

(1) Verfügungen der Schweizerischen Verrechnungsstelle, die in Durchführung dieses Abkommens getroffen werden, können bei der in Artikel 2 des Bundesratsbeschlusses vom 27. Dezember 1946 genannten Schweizerischen Rekursinstanz angefochten werden. Die Entscheide dieser Rekursinstanz sind mit Gründen dem deutschen Bundesministerium der Finanzen bekanntzugeben.

(2) Die von dieser Rekursinstanz vor Inkrafttreten dieses Abkommens getroffenen Entscheide bleiben verbindlich.

#### Artikel 15

(1) Sofern sich die Regierungen der beiden vertragschließenden Teile über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens nicht einigen können, soll die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Ferner kann die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegen Entscheide der Schweizerischen Rekursinstanz binnen eines Monats nach der Bekanntgabe der Entscheide das Schiedsgericht anrufen.



(2) Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern, von denen je eines von den vertragschließenden Teilen, das dritte von beiden gemeinsam bezeichnet wird. Können sich die beiden vertragschließenden Teile über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen, so wird dieser von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.

(3) Für das Verfahren vor dem Schiedsgericht finden die Bestimmungen des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle sinngemäß Anwendung. Das Schiedsgericht entscheidet selbständig über die Tragung der Kosten des Schiedsverfahrens.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet selbständig über das anzuwendende Recht. Es wendet insbesondere das Völkergewohnheitsrecht sowie die maßgebenden internationalen Verträge und hinsichtlich privatrechtlicher Fragen die übereinstimmenden Regeln des internationalen Privatrechts der beiden Staaten oder, soweit übereinstimmende Regeln nicht festzustellen sind, das internationale Privatrecht eines der beiden Staaten an.

(5) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind endgültig.

## TEIL VI

### Begriffsbestimmungen

#### Artikel 16

(1) Als Deutsche in Deutschland gelten natürliche Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die sich am 17. Februar 1945 oder zwischen diesem Zeitpunkt und dem 1. Januar 1948 während zwei Monaten ununterbrochen in Deutschland aufgehalten bzw. während dieser Zeit ihren Aufenthalt dort beendigt haben; Angehörige der deutschen Wehrmacht gelten als Deutsche in Deutschland, gleichgültig, wo sie sich während des maßgebenden Zeitraumes aufgehalten haben.

(2) Als Deutsche in Deutschland gelten ferner natürliche Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die vor dem 1. Januar 1948 auf Grund von Artikel 70 der schweizerischen Bundesverfassung oder von Artikel 10 des schweizerischen Bundesgesetzes vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer aus der Schweiz aus- oder wegweisen wurden, oder mit Bezug auf welche vor dem 1. Januar 1948 ein entsprechender

Entscheid ergangen und in der Folge durchgeführt worden ist. Ferner gelten als Deutsche in Deutschland natürliche Personen deutscher Staatsangehörigkeit, gegen welche vor dem 1. Januar 1948, gestützt auf eine Verfügung der zuständigen Behörden eines dritten Staates, ein Heimerschaffungsbefehl erlassen wurde, wenn die betreffenden Personen in der Folge nach Deutschland heimgeschafft worden sind.

#### A r t i k e l 17

Nicht als Deutsche in Deutschland im Sinne dieses Abkommens gelten natürliche Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die

1. vor dem 27. Juni 1946 die deutsche Staatsangehörigkeit verloren und diese vor dem 1. Januar 1948 nicht wieder erworben haben;
2. als Volksdeutsche, insbesondere Sudeten-deutsche, Danziger oder Deutschbalten, auf Grund eines generellen Erlasses der deutschen Behörden deutsche Staatsangehörige geworden sind;
3. als Kriegsteilnehmer vor ihrer Einziehung zum Wehrdienst außerhalb Deutschlands wohnten und nach ihrer Entlassung aus dem Wehrdienst oder der Kriegsgefangenschaft sogleich ins Ausland zurückkehrten; ferner Kriegsteilnehmer, die in der Schweiz Wohnsitz hatten und deren Familien in der Schweiz verblieben sind, auch wenn sie erst später in die Schweiz zurückkehrten.

#### A r t i k e l 18

(1) Als Deutsche in Deutschland gelten auch alle juristischen Personen des privaten und des öffentlichen Rechts, Handelsgesellschaften, Personengemeinschaften, Stiftungen usw.:

1. die nach deutschem Recht errichtet sind oder ihren Sitz oder den Ort ihrer geschäftlichen Tätigkeit in Deutschland haben. Vorbehalten bleibt Artikel 5, (1) Ziffer 2 e); oder
2. die außerhalb Deutschlands und der Schweiz errichtet sind, und deren Leitung sich in Deutschland befindet oder befand; oder
3. die außerhalb Deutschlands und der Schweiz errichtet sind, und an denen direkt oder indirekt Deutsche in Deutschland zu 50 % oder mehr beteiligt sind oder am 16. Februar 1945 beteiligt waren; bei einer deut-

schen Beteiligung von über 25 %, aber unter 50 % wird ein der deutschen Beteiligung entsprechender Anteil an den Vermögenswerten in der Schweiz dem Abkommen unterstellt.

(2) Sperre- oder Sequestermaßnahmen, welche von anderen Ländern gegenüber den in Absatz 1 Ziffern 2 und 3 genannten Personen in bezug auf deren Vermögenswerte ergriffen worden sind, haben, soweit es sich um in der Schweiz liegende Vermögenswerte handelt, das deutsche Interesse nicht ausgeschaltet.

(3) Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen der Sequesterkonfliktsvereinbarungen und anderer Vereinbarungen der Schweiz mit solchen Staaten.

#### Artikel 19

Unter Deutschland im Sinne dieses Abkommens ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und von Berlin (West) zu verstehen.

#### Artikel 20

(1) Als Vermögen deutscher Eigentümer im Sinne dieses Abkommens gelten

alle vor dem 1. Januar 1948 erworbenen Werte, die in der Schweiz liegen,

wie Guthaben in schweizerischer oder ausländischer Währung, deren Schuldner in der Schweiz wohnen oder dort ihren Sitz haben — mit Ausnahme derjenigen Forderungen, die als Hypothekendarlehen durch Hypotheken auf Grundstücken in Deutschland oder auf im deutschen Schiffsregister eingetragenen Schiffen gesichert sind, ferner Wertpapiere, Banknoten, Gold, Wertgegenstände, Waren, Immobilien, Rechte usw., Beteiligungen aller Art an in der Schweiz domizilierten juristischen Personen oder Personengemeinschaften.

Maßgebend für den Erwerb ist der Zeitpunkt der Begründung des Rechtes.

(2) Vor dem 1. Januar 1948 erworbene Vermögenswerte fallen auch dann unter dieses Abkommen, wenn der Erwerber zwar als Deutscher in Deutschland im Sinne dieses Abkommens gilt, sich aber im Zeitpunkt des Vermögensanfalls nicht mehr in Deutschland aufgehalten hat.

**Artikel 21**

Nicht als Vermögen deutscher Eigentümer im Sinne dieses Abkommens gelten

1. die Vermögenswerte des Deutschen Reiches, der Deutschen Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn;
2. die unter dem Namen „Tägermoos“ zusammengefaßten deutschen Vermögenswerte;
3. die Vermögenswerte von Deutschen, wohnhaft in den Enklaven Büsingen und Jestetten;
4. die Vermögenswerte der Gesellschaften, die folgende Grenzkraftwerke besitzen, mit Einschluß der deutschen Beteiligungen an diesen Gesellschaften:  
Rhyburg-Schwörstadt,  
Kraftübertragungswerke Rheinfelden A.-G.,  
Albbruck-Dogern,  
Reckingen;
5. die folgenden Sanatorien:  
Davos-Wolfgang,  
Agra,  
Agra (Kindersanatorium),  
Arosa (Kindersanatorium);  
einschließlich der übrigen Vermögenswerte der Stiftung deutscher Heimstätten Davos und des Vermögens der Burchard-Gedächtnis-Stiftung in Davos;
6. Vermögen, deren Gegenwert im gebundenen Zahlungsverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland bezahlt wurde oder bezahlt werden muß;
7. Vermögenswerte, die vor dem 27. Juni 1946 kraft gesetzlicher Erbfolge oder kraft eines nachweisbar vor dem 17. Februar 1945 errichteten Testaments auf eine Person übergegangen sind, die nicht als Deutscher in Deutschland im Sinne dieses Abkommens gilt.

TEIL VII  
Schlußbestimmungen

Artikel 22

Etwaige zusätzliche Vereinbarungen zur technischen Durchführung dieses Abkommens werden von den Regierungen der vertragsschließenden Teile getroffen.

Artikel 23

Dieses Abkommen wird deutscherseits auch im Namen des Landes Berlin (West), schweizerischerseits auch im Namen des Fürstentums Liechtenstein unterzeichnet.

Artikel 24

Dieses Abkommen, das in zwei Originalen in deutscher Sprache ausgefertigt wird, soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen baldmöglichst in Bern ausgetauscht werden. Es tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Bonn am 26. August 1952  
in doppelter Ausfertigung

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft  
gez. Stucki

Für die Bundesrepublik Deutschland:  
gez. Bernhard Wolff

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND  
THE SWISS CONFEDERATION CONCERNING GERMAN ASSETS IN  
SWITZERLAND

The Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation,

Considering that government of the Federal Republic of Germany will place at the disposition of the Swiss Federal Council a sum of 121,500,000 Swiss francs two weeks after notification of the entry into force of the agreement to be concluded in accordance with the following paragraph between Switzerland and France, the United Kingdom and the United States,

Considering also that the Swiss Federal Council is concluding an agreement with the governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America on the German assets in Switzerland which fall under the Washington Agreement of 25 May 1946,

Have agreed to conclude the following Agreement.

To that end, the President of the Federal Republic of Germany

has appointed Mr. Bernhard Wolff,

Undersecretary in the Federal Ministry of Finance

and the Swiss Federal Council

has appointed Dr. Walter Stucki,

Delegate of the Federal Council for Special Missions

to act as plenipotentiaries.

The plenipotentiaries, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

PART I. RESOLUTION OF THE CLAIMS OF FRANCE, THE  
UNITED KINGDOM AND THE UNITED STATES

*Article 1*

The Swiss Federal Council shall without delay pay the sum of 121,500,000 Swiss francs to be paid to it by the government of the Federal Republic of Germany (the resolution payment), from which an advance in the amount of 20,000,000 Swiss francs made by Switzerland to the International Organization for Refugees shall be deducted, into an account to be designated by the governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America.

PART II. RAISING OF THE RESOLUTION PAYMENT

*Article 2*

In order to raise the resolution payment an account (the resolution account) will be opened at the Swiss National Bank in the name of the Bank Deutscher Länder and in favour of the Federal Republic of Germany, which will receive funds as follows:

(a) from contributions from the German owners (Germans in Germany) of assets in Switzerland;

(b) from the realization of the assets of German owners who do not contribute the amount defined in Article 3;

(c) from the realization of the assets of German owners who do meet the conditions laid down in Article 5, but who do not request unfreezing of assets within two months after the notification of the call to do so, issued in accordance with Article 7, item 2.

PART III. RENUNCIATION

*Article 3*

Owners whose total assets in Switzerland exceed the amount of 10,000 Swiss francs shall renounce that part of their assets which corresponds to the percentage stated in Article 4, and shall make a payment in that amount in Swiss francs into the resolution account.

*Article 4*

(1) The contribution which an owner shall make, in order to receive the remaining portion of his assets in Switzerland, shall be equivalent:

1. in the case of assets with a total value between 10,000 and 15,000 Swiss francs: to the amount exceeding 10,000 Swiss francs;
2. in the case of assets with a total value exceeding 15,000 Swiss francs: to 33 1/3% of the total value;
3. in the case of assets which have been relinquished to Switzerland on the basis of agreements concluded by Switzerland with third States concerning conflicts over sequestration: to 50% of the total value.

(2) The assets shall be valued by the Swiss clearing office, with any unfrozen assets which the latter office has granted during the freeze period for their owners' personal use being counted as part of the total.

*Article 5*

(1) Upon application by the owner, no contribution as defined in Articles 3 and 4 shall be levied, in the case of:

1. assets up to a total value of 10,000 Swiss francs, with any unfrozen assets which the Swiss clearing office has granted during the freeze period for their owners' personal use being counted as part of the total;
  2. assets of the following groups of owners, irrespective of the total value of the assets held by the individual owners:
    - (a) women who are or were married to Germans and who became German nationals through the marriage but who at the time of the marriage possessed Swiss citizenship;
    - (b) persons who on 16 February 1945 in addition to German nationality also possessed the nationality of another State, provided that the second State of nationality supports such a request.
    - (c) persons who lost their life or to a significant extent their freedom or their full German nationality by reason of a law, a decree, an ordinance or a measure of the German national socialist government for racial, political or religious reasons. This group shall also include persons who were arrested outside Germany, transferred to Germany or kept in custody there by German authorities or at their instigation for racial, political or religious reasons;
    - (d) persons who by submission of a non-appealable court ruling with confirming stamp or of a settlement concluded before a court in Germany with confirming stamp can demonstrate that the assets in Switzerland were returned to them on the basis of the restitution and compensation law in force in Germany;
    - (e) bodies corporate under private and public law, trading partnerships and associations of persons which have their domicile or their place of business activity or management in Germany and in which on 16 February 1945 persons of non-German nationality directly or indirectly had a holding of more than 50%. If the direct or indirect holding was more than 25% but not more than 50%, suitable measures shall be taken in order appropriately to safeguard the interests of the non-German participants.
- (2) In the case of family foundations in which non-German beneficiaries have a holding, the necessary measures shall be taken in order to safeguard their interests.

#### *Article 6*

The contribution as defined in Articles 3 and 4 and the 2% administrative fee described in Article 7, item 4 shall not be requested from the holders of German industrial property rights (patents, utility models, patterns and models, manufacturer's or trade marks) and applications for such property rights, or of German copyrights, provided that the rights involved are not a part of a German undertaking in Switzerland that falls under Article 3 of the present Agreement as a German asset, or are not used by such an undertaking.



*Article 7*

The Swiss clearing office shall take the following measures for the purpose of implementing the present procedure:

1. It shall determine the contribution described in Article 4, which an owner has to make in order to receive the remaining portion of his assets in Switzerland;
2. It shall call in an appropriate manner on all holders of assets in Switzerland to submit, either themselves or through authorized agents, within a time limit of two months after notification of the call an application for exemption, where applicable, as described in Article 5 or to provide a written declaration that they will make the contribution defined in Article 4 in favour of the Federal Republic of Germany, in return for which the remaining portion of their assets in Switzerland will be unfrozen;
3. It shall approve such dispositions of the owner over his or her assets in Switzerland as are necessary to raise the contribution;
4. It shall levy an administrative fee of 2% on the assets to be unfrozen.

PART IV. CONVERSION AND TRANSFER OF THE GERMAN ASSETS

*Article 8*

(1) In the case of German assets in Switzerland, for which within two months after notification of the call described in Article 7, item 2 no declaration on payment of a contribution has been made or no application for exemption has been submitted, the Swiss clearing office shall convert such assets into cash at the most favourable price, unless the assets are already in that form, and shall ensure that these cash amounts are transferred to the resolution account, subject to application of an administration fee of 2% of the transferred amounts.

(2) The Swiss clearing office shall inform the German Federal Ministry of Finance of the actions taken in accordance with paragraph 1, stating the necessary personal identification details.

*Article 9*

The government of the Federal Republic of Germany shall keep at the disposal of those owners whose assets are converted in accordance with Article 8 the full corresponding value in German marks given by the official rate of exchange of the Swiss franc.

*Article 10*

(1) The Federal Republic of Germany, either for itself or for its nationals, shall raise no objections of any kind whatsoever against the conversions of German assets in Switzerland carried out or to be carried out by Switzerland on the basis of the decision of the Fed-

eral Council of 16 February 1945, as modified and amplified, or on the basis of the present Agreement. The provisions of paragraph 2 of this Article shall be applied as appropriate.

(2) If it subsequently transpires that the prior conditions for a conversion in accordance with the present Agreement were not present in the case of the assets converted in accordance with Article 8, the government of the Federal Republic of Germany shall hold harmless the Swiss debtor or asset manager and shall reimburse the corresponding amount in Swiss francs.

(3) The Federal Republic of Germany renounces for itself and for its nationals all claims against the Swiss government and Swiss natural or legal persons with regard to assets which are located in a third State and are not released from that third State to Switzerland.

#### PART V. PROCEDURAL PROVISIONS

##### *Article 11*

The Swiss clearing office shall continue to exercise the powers assigned to it on the basis of Swiss legal provisions with reference to the German assets in Switzerland until the final unfreezing of the individual assets.

##### *Article 12*

The measures necessary for the implementation of the present Agreement shall be taken on the Swiss side by the Swiss clearing office; the Swiss Federal Council shall enact the necessary regulations to that end.

##### *Article 13*

The Swiss clearing office shall unfreeze:

1. the assets listed in Article 5, once an application by the owner has been submitted within two months after the notification of the call referred to in Article 7, item 2;
2. the assets listed in Article 3, once the contribution determined in Article 4 has been paid;
3. the rights listed in Article 6 on the date of entry into force of the present Agreement.

##### *Article 14*

(1) Dispositions of the Swiss clearing office which are taken in implementation of the present Agreement may be contested at the court of appeal provided for in Article 2 of the Federal Council decision of 27 December 1946. The rulings of said court of appeal shall be communicated to the German Federal Ministry of Finance, together with the reasons for them.

(2) The rulings made by that court of appeal before the entry into force of the present Agreement shall remain binding.

*Article 15*

(1) Where the governments of the two Contracting Parties are unable to agree on the application or interpretation of the present Agreement, the dispute shall be submitted to a court of arbitration. In addition, the Government of the Federal Republic of Germany may also appeal to the court of arbitration against rulings of the Swiss court of appeal within one month after the announcement of such rulings.

(2) The court of arbitration shall be comprised of three members, of which one each shall be appointed by the Contracting Parties and the third shall be appointed by those members jointly. If the two Contracting Parties are unable to agree on the selection of the third arbitrator, he or she shall be appointed by the President of the International Court of Justice.

(3) For the proceedings before the court of arbitration the provisions of the Hague Agreement of 18 October 1907 on the peaceful settlement of international disputes shall be applied as appropriate. The court of arbitration shall decide on its own authority as to the settlement of the costs of the arbitration process.

(4) The court of arbitration shall decide on its own authority as to the applicable law. In particular it shall apply customary international law and the relevant international treaties and, with regard to questions of civil law, the congruent rules on international civil law of the two States or, where congruent rules cannot be found, the international civil law of one of the two States.

(5) The rulings of the court of arbitration shall be final.

PART VI. DEFINITIONS

*Article 16*

(1) Germans in Germany shall be deemed to be individuals of German nationality who on 17 February 1945 or between that date and 1 January 1948 were present in Germany without interruption for two months or ended their residence there during that period; members of the German armed forces shall be deemed to be Germans in Germany irrespective of where they were in the period in question.

(2) In addition, individuals of German nationality who were expelled from Switzerland or refused entry to Switzerland before 1 January 1948 on the basis of Article 70 of the Swiss federal constitution or Article 10 of the Swiss federal law of 26 March 1931 on residence and settlement of foreigners, or with reference to whom a ruling to that effect was promulgated before 1 January 1948 and subsequently executed, shall be deemed to be Germans in Germany. Also deemed to be Germans in Germany shall be individuals of German nationality against whom, based on an ordinance of the competent authorities of a third State, an order was issued before 1 January 1948 that they should be shipped home, if the persons in question were subsequently shipped home to Germany.

*Article 17*

Individuals of German nationality shall not be deemed to be Germans in Germany for the purposes of the present Agreement if:

1. they lost German nationality before 27 June 1946 and did not regain it before 1 January 1948;
2. they became German nationals as ethnic Germans, in particular Sudeten Germans, residents of Danzig or Baltic Germans, on the basis of a general decree of the German authorities;
3. before their conscription into military service in the war they lived outside Germany and after their discharge from military service or their release as prisoners of war they immediately returned to a country outside Germany; the same shall apply to persons who participated in the war who had their residence in Switzerland and whose families remained in Switzerland, even if they themselves did not return to Switzerland until later.

*Article 18*

(1) Also deemed to be Germans in Germany shall be all bodies corporate under private and public law, trading partnerships, associations of persons, foundations, etc:

1. which have been established under German law or have their headquarters or place of business activity in Germany. This provision shall be subject to Article 5 (1) 2 (e); or
2. which have been established outside Germany and Switzerland and the management of which is or was in Germany; or
3. which have been established outside Germany and Switzerland and in which Germans in Germany directly or indirectly have a holding of 50% or more or had such a holding on 16 February 1945; in the case of a German holding of more than 25% but less than 50%, a portion of the assets in Switzerland corresponding to the German holding shall be subjected to the Agreement.

(2) Freezing or sequestering measures which have been taken by other countries with respect to the persons referred to in paragraph (1), items 2 and 3, with reference to their assets, shall not exclude the German interest, provided that the assets involved are located in Switzerland.

(3) The particular provisions of the agreements on conflicts over sequestration and other agreements of Switzerland with such States shall remain reserved.

*Article 19*

For the purposes of the present Agreement, the term "Germany" shall be understood as the territory of the Federal Republic of Germany and Berlin (West).

*Article 20*

(1) For the purposes of the present Agreement, assets of German owners shall be deemed to be

all assets located in Switzerland and acquired before 1 January 1948

such as balances in Swiss or foreign currency, the debtors of which live or have their headquarters in Switzerland - except for such claims which are secured in the form of mortgage loans by mortgages on real estate in Germany or on ships entered on the German register of shipping, as well as securities, banknotes, gold, objects of value, goods, buildings, rights etc., holdings of all types in bodies corporate or associations of persons domiciled in Switzerland.

Acquisition shall be determined on the basis of the point in time at which the right was constituted.

(2) Assets acquired before 1 January 1948 shall also fall under the present Agreement if the acquirer, while a German in Germany within the meaning of the present Agreement, was no longer resident in Germany at the time of the accrual of the asset.

*Article 21*

The following shall not be deemed to be assets of German owners within the meaning of the present Agreement:

1. the assets of the German Reich, the German Reichsbank and the German Reichsbahn;
2. those German assets grouped together under the name "Tägermoos;"
3. the assets of Germans living in the enclaves of Büsingen and Jestetten;
4. the assets of the companies owning the following frontier power stations, including the German holdings in such companies:
  - Rhyburg-Schwörstadt,
  - Kraftübertragungswerk Rheinfeldern,
  - A.-G.,
  - Albruck-Dogern,
  - Reckingen;
5. the following sanatoria:
  - Davos-Wolfgang,
  - Agra,
  - Agra (children's sanatorium),
  - Arosa (children's sanatorium),

including the remaining assets of the Stiftung deutscher Heimstätten and the assets of the Burchard-Gedächtnis-Stiftung in Davos;

6. assets the proceeds of which have been paid or must be paid in the committed payment transactions between Switzerland and Germany;
7. assets which were transferred before 27 June 1946 on the basis of legal inheritance or on the basis of a will which demonstrably was drawn up before 17 February 1945 to a person who is not deemed to be a German in Germany within the meaning of the present Agreement.

PART VIII. FINAL PROVISIONS

*Article 22*

Any additional agreements for the technical implementation of the present Agreement shall be made by the governments of the Contracting Parties.

*Article 23*

The present Agreement is also signed on the German side in the name of the Land Berlin (West) and on the Swiss side in the name of the Principality of Liechtenstein.

*Article 24*

The present Agreement, which is drawn up in duplicate in the German language, requires ratification, and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bern. It shall enter into force on the day of the exchange of the instruments of ratification,

In witness whereof the plenipotentiaries have signed and sealed the present Agreement.

Done at Bonn in duplicate on 26 August 1952.

For the Swiss Confederation:

STUCKI

For the Federal Republic of Germany:

BERNHARD WOLFF

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE ET LA RÉPUBLIQUE  
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE SUR LES AVOIRS ALLEMANDS EN  
SUISSE

La Confédération suisse,

La République fédérale d'Allemagne,

Eu égard au fait que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne mettra à la disposition du Conseil fédéral suisse, deux semaines après la notification de l'entrée en vigueur de l'accord qui doit être conclu entre la Suisse, la France, le Royaume-Uni et les Etats-Unis conformément au paragraphe suivant, un montant de 121 500 000 francs suisses,

Qu'en outre le Conseil fédéral suisse conclut avec les gouvernements de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique un accord relatif aux avoirs allemands en Suisse qui tombent sous les dispositions de l'accord de Washington du 25 mai 1946,

Sont convenus de conclure l'accord suivant.

Ont désigné à cet effet, comme plénipotentiaires :

Le Conseil fédéral suisse : M. Walter Stucki, Ministre plénipotentiaire, délégué du Conseil fédéral pour des missions spéciales,

Le Président de la République fédérale d'Allemagne: M. Bernhard Wolff, Ministerialdirektor du ministère fédéral des finances.

Les plénipotentiaires, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

PARTIE I. RÈGLEMENT DES PRÉTENTIONS DE LA FRANCE, DU  
ROYAUME-UNI ET DES ETATS-UNIS

*Article 1*

Le Conseil fédéral suisse virera immédiatement sur un compte que désigneront les Gouvernements de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique, après déduction d'un montant de 20 millions de francs suisses que la Suisse a avancé à l'Organisation internationale des réfugiés, le montant de 121 500 000 francs suisses (indemnité de règlement) que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne doit lui payer.

PARTIE II. CONSTITUTION DE L'INDEMNITÉ DE RÈGLEMENT

*Article 2*

En vue de constituer l'indemnité de règlement, un compte (compte de règlement) sera ouvert auprès de la banque nationale, au nom de la Bank Deutscher Länder, en faveur du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Il sera alimenté comme suit :

- a. Par les contributions des propriétaires allemands (Allemands en Allemagne) sur leurs avoirs en Suisse;
- b. Par le produit de la réalisation des avoirs des propriétaires allemands qui ne versent pas la contribution prévue à l'article 3;
- c. Par le produit de la réalisation des avoirs de propriétaires allemands qui remplissent les conditions de l'article 5, mais qui n'auront pas introduit de demande de déblocage dans un délai de deux mois après la publication de la sommation prévue à l'article 7, chiffre 2.

PARTIE III. CESSION

*Article 3*

Les propriétaires dont la totalité des avoirs en Suisse dépasse le montant de 10 000 francs suisses renoncent à la part de la valeur de leurs avoirs prévue à l'article 4 et effectuent un paiement de cette importance, en francs suisses, au compte de règlement.

*Article 4*

1) La contribution qu'un propriétaire est appelé à faire pour pouvoir disposer de la partie restante de son avoir en Suisse, sera fixée :

1. Pour les avoirs dont la valeur globale se situe entre 10 000 et 15 000 francs suisses : au montant dépassant 10 000 francs;
2. Pour les avoirs dont la valeur globale dépasse 15 000 francs suisses : à 33 I/3 pour cent de la valeur globale;
3. Pour les avoirs qui ont été laissés à la Suisse en vertu d'accords sur les conflits de séquestre conclus par la Suisse avec des Etats tiers : à 50 pour cent de la valeur globale.

2) L'estimation des avoirs est faite par l'office suisse de compensation; les montants éventuellement libérés pendant la période de bloeage et mis a la disposition de l'ayant droit pour des buts personnels sont compris dans cette estimation.

*Article 5*

1) Il sera renoncé, à la requête du propriétaire, à la perception d'une contribution au sens des articles 3 et 4 à l'égard :



1. Des avoirs jusqu'à concurrence d'une valeur globale de 10 000 francs suisses; seront compris dans cette valeur les montants libérés par l'office suisse de compensation pendant la période de blocage pour les besoins personnels de l'ayant droit;
  2. Des avoirs des catégories suivantes de propriétaires, sans tenir compte de la valeur globale des avoirs de chaque propriétaire :
    - a. Les femmes qui sont ou étaient mariées avec des Allemands et qui, par suite de leur mariage, sont devenues des ressortissantes allemandes, mais qui, au moment de leur mariage, possédaient la nationalité suisse;
    - b. Les personnes qui, le 16 février 1945, outre la nationalité allemande, possédaient celle d'un autre Etat à condition que l'Etat du second indigénat appuie en leur faveur une requête appropriée;
    - c. Les personnes qui ont perdu leur vie ou, dans une mesure considérable, leur liberté ou encore tous leurs droits de citoyens allemands en vertu d'une loi, d'un décret, d'une ordonnance ou d'une mesure du gouvernement national-socialiste allemand à cause de leur race ou pour des raisons politiques ou religieuses. Cette catégorie comprend également les personnes qui, à cause de leur race ou, pour des motifs politiques ou religieux, ont été arrêtées hors d'Allemagne par les autorités allemands ou à leur instigation, puis conduites ou détenues en Allemagne;
    - d. Les personnes qui, sur présentation d'un jugement rendu en Allemagne, ayant force de loi et muni d'une attestation ou sur la base d'une transaction conclue devant un tribunal en Allemagne et munie d'une attestation, peuvent prouver que leur avoir en Suisse leur a été restitué sur la base de la législation valable en Allemagne au sujet de la restitution des biens spoliés et de l'indemnisation des victimes du gouvernement national-socialiste allemand;
    - e. Les personnes morales de droit privé ou public, les sociétés commerciales et les communautés de personnes qui ont en Allemagne leur siège ou le lieu de leur activité économique ou de leur direction auxquelles, le 16 février 1945, participaient directement ou indirectement, avec plus de 50 pour cent, des personnes de nationalité non allemande. Si la participation directe ou indirecte dépassait 25 pour cent, mais non 50 pour cent, des mesures appropriées seraient prises pour sauvegarder convenablement les intérêts des participants non allemands.
- 2) S'il s'agit de fondations de famille auxquelles participent des bénéficiaires non allemands, les mesures nécessaires seront prises pour sauvegarder leurs intérêts.

#### *Article 6*

Une contribution au sens des articles 3 et 4 et l'émolument administratif prévu par l'article 7, chiffre 4, ne seront pas demandés aux titulaires allemands de droits de propriété industrielle (brevets d'invention, modèles d'utilité, dessins et modèles, marques de fabrique ou de commerce), de demandes de dépôt et de droits d'auteur en tant qu'il ne s'agit pas de

droits qui font partie intégrante d'une entreprise allemande en Suisse laquelle, en tant qu'avoir allemand, tombe sous l'article 3 de cet accord, ou de droits utilisés par une telle entreprise.

*Article 7*

Pour l'exécution des dispositions qui précèdent, l'office suisse de compensation prendra les mesures suivantes :

1. Détermination de la contribution, prévue à l'article 4, que le propriétaire doit effectuer pour pouvoir disposer de la part restante de son avoir en Suisse;
2. Sommation, dans une forme appropriée, à tous les propriétaires d'avoirs en Suisse pour les engager à introduire une requête de déblocage conformément à l'article 5, soit personnellement soit par l'entremise d'un mandataire, dans un délai de deux mois après la publication de la sommation ou à remettre une déclaration écrite attestant qu'ils payeront en faveur de la République fédérale d'Allemagne le montant déterminé à l'article 4, cependant que la part restante de leurs avoirs en Suisse sera libérée du blocage;
3. Approbation des dispositions prises par le propriétaire, sur ses avoirs en Suisse, en vue de constituer sa contribution;
4. Perception d'un émolument administratif de 2 pour cent sur les avoirs à libérer.

PARTIE IV. TRANSFORMATION ET TRANSFERT DES AVOIRS ALLEMANDS

*Article 8*

1) L'office suisse de compensation transformera, au mieux, en avoirs liquides si cela n'a pas déjà été fait, les avoirs allemands en Suisse pour lesquels, dans l'espace de deux mois après la publication de la sommation prévue à l'article 7, chiffre 2, aucune déclaration relative au versement d'une contribution n'aura été remise ou pour lesquels aucune demande de déblocage n'aura été présentée; il veillera à ce que ces avoirs soient virés au compte de règlement après déduction d'un émolument administratif de 2 pour cent calculé sur les montants virés.

2) L'office suisse de compensation portera les mesures prises conformément à l'alinéa 1 à la connaissance du Ministère allemand des finances, en lui communiquant les précisions nécessaires sur la personne des créanciers.

*Article 9*

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne tient à la disposition des propriétaires dont les avoirs ont été transformés conformément à l'article 8 la contre-valeur totale en Deutsche Mark, telle qu'elle résulte du cours de conversion officiel du franc suisse.

*Article 10*

1) La République fédérale d'Allemagne ne soulèvera aucune objection, de quelque nature que ce soit, en son nom et au nom de ses ressortissants, contre les transformations d'avoirs allemands en Suisse, entreprises ou à entreprendre par la Suisse, sur la base de l'arrêté du Conseil fédéral du 16 février 1945, avec ses modifications et compléments, ou sur la base du présent accord. Les dispositions de l'alinéa 2 de cet article sont applicables par analogie.

2) S'il se révèle, après coup, que les conditions d'une transformation fondée sur cet accord n'ont pas été réunies, pour des avoirs transformés selon l'article 8, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne dédommagera les débiteurs suisses ou les gérants de fortune et restituera en francs suisses le montant correspondant.

3) La République fédérale d'Allemagne renonce, pour elle et pour ses ressortissants, à toute prétention à l'égard du Gouvernement suisse et des personnes physiques ou morales suisses, sur les avoirs qui sont situés dans un pays tiers et qui n'ont pas été libérés par ce pays en faveur de la Suisse.

PARTIE V. PROCÉDURE

*Article 11*

L'office suisse de compensation conserve les pouvoirs qui lui ont été octroyés, en vertu des dispositions du droit suisse, à l'égard des avoirs allemands, jusqu'à leur libération définitive.

*Article 12*

Les mesures nécessaires à l'exécution du présent accord seront prises, du côté suisse, par l'office suisse de compensation; le Conseil fédéral suisse arrête les prescriptions nécessaires à cet effet.

*Article 13*

L'office suisse de compensation libérera du blocage :

1. Les avoirs mentionnés à l'article 5, dès qu'une requête du propriétaire aura été présentée dans le délai de deux mois suivant la publication de la sommation prévue à l'article 7, chiffre 2;
2. Les avoirs mentionnés à l'article 3, dès que la contribution mentionnée à l'article 4 aura été versée;
3. Les droits mentionnés à l'article 6, le jour de l'entrée en vigueur de cet accord.

*Article 14*

1) Les décisions que l'office suisse de compensation aura prises lors de l'exécution du présent accord pourront être attaquées devant l'autorité suisse de recours prévue à l'article 2 de l'arrêté du Conseil fédéral du 27 décembre 1946. Les décisions de cette autorité de recours seront notifiées, dûment motivées, au Ministère fédéral allemand des finances.

2) Les décisions prises par cette autorité de recours avant l'entrée en vigueur du présent accord demeurent valables.

*Article 15*

1) Si les Gouvernements des deux Parties contractantes ne peuvent s'entendre sur l'application ou l'interprétation du présent accord, le litige sera porté devant un tribunal arbitral. En outre, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne pourra interjeter appel auprès du tribunal arbitral, centre les décisions de l'autorité suisse de recours, dans un délai d'un mois après leur notification.

2) Le tribunal arbitral se compose de trois membres; chaque Partie contractante en nomme un, cependant que le troisième est désigné d'un commun accord. Si les Parties contractantes ne peuvent s'entendre sur le choix du troisième membre, celui-ci sera désigné par le président de la Cour internationale de Justice.

3) Sont applicables par analogie, pour la procédure devant le tribunal arbitral, les dispositions de la Convention de La Haye, du 18 octobre 1907, pour le règlement pacifique des conflits internationaux. Le tribunal arbitral statue souverainement sur la répartition des frais de la procédure arbitrale.

4) Le tribunal arbitral statue souverainement sur le droit à appliquer. Il applique notamment le droit coutumier international comme les traités internationaux entrant en ligne de compte et, quant aux questions de droit privé, le règles concordantes du droit international privé des deux Etats ou, en l'absence de telles règles concordantes, le droit international privé de l'un des deux Etats.

5) Les décisions du tribunal arbitral sont définitives.

PARTIE V. DÉFINITIONS

*Article 16*

1) Sont considérées comme Allemands en Allemagne les personnes physiques de nationalité allemande qui résidaient en Allemagne le 17 février 1945 ou y ont fait un séjour ininterrompu de deux mois entre cette date et le 1er janvier 1948 ou dont le séjour aura pris fin entre ces deux dates; les membres des forces armées allemandes sont considérés comme des Allemands en Allemagne, où qu'ils se soient trouvés pendant la période déterminante.

2) Sont considérées en outre comme Allemands en Allemagne les personnes physiques de nationalité allemande qui, avant le 1er janvier 1948, en vertu de l'article 70 de la Constitution fédérale suisse ou de l'article 10 de la Loi fédérale suisse du 26 mars 1931 sur le séjour et l'établissement des étrangers, ont été expulsées ou renvoyées de Suisse, ou à

l'égard desquelles telle décision a été prise avant le 1er janvier 1948 et exécutée par la suite. En outre sont considérées comme Allemands en Allemagne les personnes physiques de nationalité allemande qui, avant le 1er janvier 1948, ont été l'objet d'une décision de rapatriement fondée sur une disposition des autorités compétentes d'un pays tiers en tant que ces personnes, par la suite, ont été rapatriées en Allemagne.

*Article 17*

Ne sont pas considérées comme Allemands en Allemagne, au sens du présent accord, les personnes physiques de nationalité allemande qui

1. Ont perdu la nationalité allemande avant le 27 juin 1946 et ne l'ont pas recouvrée avant le 1er janvier 1948;
2. En tant que de souche allemande (Volksdeutsche) -- il s'agit notamment des Allemands des Sudètes, de Danzig ou des pays baltes -- ont devenues des ressortissants allemands en vertu d'un décret général des autorités allemandes;
3. En tant que participants à la guerre, habitaient hors d'Allemagne avant leur appartenance aux forces armées et qui, après leur licenciement ou, en tant que prisonniers de guerre, après leur libération sont retournées sans délai à l'étranger; en outre les participants à la guerre qui avaient leur domicile en Suisse et dont les familles sont demeurées en Suisse, même si ces personnes n'y sont retournées que plus tard.

*Article 18*

1) Sont également considérées comme Allemands en Allemagne toutes les personnes morales de droit privé et public, les sociétés commerciales, les communautés de personnes, les fondations, etc.:

1. Qui sont constituées selon le droit allemand ou qui ont en Allemagne leur siège ou le lieu de leur activité économique. Est réservé l'article 5, paragraphe 1, chiffre 2e; ou
  2. Qui sont constituées hors d'Allemagne et de la Suisse et dont la direction se trouve ou se trouvait en Allemagne; ou
  3. Qui sont constituées hors d'Allemagne et de la Suisse et auxquelles participent ou participaient, le 16 février 1945, directement ou indirectement, des Allemands en Allemagne à raison de 50 pour cent ou plus. Dans le cas d'une participation allemande de plus de 25 pour cent mais de moins de 50 pour cent, la part des avoirs en Suisse correspondant à la participation allemande sera soumise au présent accord.
- 2) Les mesures de blocage ou de séquestre qui ont été prises par d'autres pays à l'égard des personnes mentionnées au paragraphe 1, chiffres 2 et 3, n'ont pas éliminé l'intérêt allemand en ce qui concerne des avoirs situés en Suisse.
- 3) Sont réservées les dispositions spéciales des accords sur les conflits de séquestre et d'autres accords conclus entre la Suisse et ces pays.

*Article 19*

Par Allemagne au sens de cet accord on entend le territoire de la République fédérale d'Allemagne et de Berlin (Ouest).

*Article 20*

1) Sont considérés comme des avoirs de propriétaires allemands, au sens du présent accord,

tous les avoirs acquis avant le 1er janvier 1948 et situés en Suisse,

tels que les créances libellées en monnaie suisse ou étrangère dont les débiteurs résident en Suisse ou y ont leur siège -- à l'exception des créances garanties par des hypothèques sur des immeubles en Allemagne ou sur des navires enregistrés dans le registre allemand des navires -- en outre, les titres, billets de banque, or, objets de valeur, marchandises, immeubles, droit, etc., participations de tout genre à des personnes morales ou à des communautés de personnes domiciliées en Suisse.

Le moment de la naissance du droit détermine celui de l'acquisition.

2) Les avoirs acquis avant le 1er janvier 1948 tombent également sur les dispositions du présent accord si l'acquéreur, tout en étant un Allemand en Allemagne au sens de l'accord, ne se trouvait plus en Allemagne au moment de l'acquisition de l'avoir.

*Article 21*

Ne sont pas considérés comme avoirs de propriétaires allemands au sens du présent accord :

1. Les avoirs de l'Etat allemand, de la Reichsbank et de la Reichsbahn;
2. Les avoirs allemands compris dans l'ensemble des terrains connus sous le nom " Tägermoos ";
3. Les avoirs appartenant aux Allemands résidant dans les enclaves de Buesingen et de Jestetten;
4. Les avoirs des sociétés qui possèdent les usines hydroélectriques suivantes à l'inclusion des participations allemandes dans ces sociétés :

Rhyburg-Schwörstadt,

Kraftübertragungswerke Rheinfelden A.-G.,

Albbruck-Dogern,

Reckingen;

5. Les sanatoriums suivants :

Davos-Wolfgang,

Agra,

Agra (sanatorium d'enfants),

Arosa (sanatorium d'enfants),

y compris les autres avoirs de la " Stiftung deutscher Heilstätten Davos " et l'avoir de la " Burchard-Gedächtnis-Stiftung " à Davos;

6. Les avoirs dont la contre-valeur a été versée ou doit être versée dans le trafic réglementé des paiements entre la Suisse et l'Allemagne;
7. Les avoirs revenant, avant le 27 juin 1946, en vertu d'une succession " ab intestat " l ou d'un testament établi, preuves à l'appui, avant le 17 février 1945, à une personne qui n'est pas considérée comme un Allemand en Allemagne au sens du présent accord.

*Article 22*

PARTIE VII. DISPOSITIONS FINALES

Les Gouvernements des Parties contractantes concluront d'éventuelle conventions supplémentaires pour l'exécution technique du présent accord.

*Article 23*

Le présent accord est signé, du côté suisse, également au nom de la Principauté de Liechtenstein et, du côté allemand, également au nom du territoire de Berlin (Ouest).

*Article 24*

Le présent accord, rédigé en deux originaux en langue allemande, doit être ratifié et les instruments de ratification devront être aussitôt que possible échangés à Berne. Il entre en vigueur le jour de l'échange de instruments de ratification.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé le présent accord et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Bonn le 26 août 1952, en deux exemplaires.

Pour la Confédération suisse :

STUCKI

Pour la République fédérale d'Allemagne :

BERNARD WOLFF

